

DIE DEMOKRATIE

Der Weg zu Entwicklung und Stabilität

***Qatar's dritte Konferenz für Demokratie und Freihandel
Doha - Qatar 14 - 15 April 2003***

Vorwort

Die dritte Konferenz, die im Rahmen einer Reihe von Konferenzen über Demokratie und Freihandel in Qatar stattfand, nimmt eine Sonderstellung ein. Denn sie fand in einem außergewöhnlichen Moment und einer schicksalhaften Periode in der Geschichte der arabischen Region statt; ich übertreibe keineswegs, wenn ich sage, auch in der Geschichte der Weltordnung, denn die Ereignisse des Irak Krieges hatten bereits ihren Höhepunkt erreicht und alle waren in gespannter Erwartung ihres Ausgangs.

In diesem Moment, da die Konferenz unter der Schirmherrschaft des Emirs von Qatar, Seiner Hoheit Scheich Hamad Bin Khalifa Al-Thani, und im Beisein einer so großen Anzahl von Gelehrten und Politikern verschiedener Länder und unterschiedlicher Wissensgebiete stattfand, war ich davon völlig überzeugt, daß diese Konferenz einen besonderen Stellenwert haben wird. Diese außergewöhnliche anwesende Elite beobachtend, habe ich erwartet, daß die Dialoge und Diskussionen der Konferenz einen sehr hohen Standard erreichen werden, so wie es der Bedeutung der gegenwärtigen Situation und dem Ernst der Geschehnisse entspricht... darüberhinaus bin ich von der Bedeutung der Kontinuität der politischen und wirtschaftlichen Umorientierung des Staates Qatar in Richtung Demokratie, Freihandel sowie seiner regionalen und internationalen Rolle überzeugt.

Deshalb war es wichtig, dieser Konferenz die notwendige Aufmerksamkeit, die sie verdiente, zu widmen. Alle Anwesenden sollten die Chance haben, sich an der Diskussion der während der Konferenz vorgelegten wichtigen Themen zu beteiligen. Die Veröffentlichung der Themen und Diskussionsergebnisse soll allen zugänglich gemacht werden, um die Ideen mit dem Ziel zu studieren, sich besser über das, was um uns herum passiert, zu informieren und um für die Zukunft vorbereitet zu sein. Damit wir alle, wenn Allah will, weiterhin durch konstruktives Denken zum Wohle der Menschen und der Gesellschaft, insbesondere unserer arabischen und islamischen Heimat, beitragen.

Aufgrund dessen und im Rahmen der Respektierung der Wichtigkeit der Meinung anderer als einem grundsätzlichen Prinzip der Demokratie des Dialoges, hat man Interesse gezeigt an allen Meinungen, die während der Konferenz von den Rednern vorgetragen wurden. Sie wurden diesem Buch beigelegt, obwohl einige dieser Meinungen nicht unbedingt den Standpunkt der Organisatoren der Konferenz wiedergeben. Die Verfechter dieser Meinungen tragen selbstverständlich die Verantwortung dafür.

Zum Schluß möchte ich die Bemühungen der Seiten, die die Schirmherrschaft übernommen haben, erwähnen, insbesondere die Bemühungen der Universität von Qatar, der Industrie- und Handelskammer in Qatar, sowie der ernsthaften und engagierten Arbeit des Organisationskommittees, das die Konferenz in diesem Glanz erschienen ließ. Dies alles deutet darauf hin, daß unser Land von seiner Jugend, Knaben wie Mädchen, alles Gute erwarten können wird. Dies ist in der Tat

ein gutes Omen für die kommenden Konferenzen zu deren jährlicher Veranstaltung in Doha wir uns verpflichtet haben. Zu diesem Zweck haben wir ein ständiges Komitee ins Leben gerufen. Darüberhinaus soll es die Arbeiten und Ergebnisse der Konferenz verfolgen und ihre Dokumente und Diskussionsrunden elektronisch wie schriftlich veröffentlichen. Das Komitee wird die kommenden Konferenzen vorbereiten, insbesondere die vierte Veranstaltung im Jahr 2004, die im Gegensatz zur letzten Veranstaltung im Schutze der neuen Verfassung des Staates Qatar stattfinden wird.

Und Allah ist Garant des Erfolges

**Hamad Bin Jassim Bin Jabur Al Thani
Der Außenminister des Staates Qatar**

Die Rede des Emir von Qatar, Seiner Hoheit Scheich Hamad Bin Khalifa Al-Thani, anläßlich der Eröffnung der Konferenz

Im Namen Allahs des Erbarmers des Allbarmherzigen

Eingangs möchte ich Sie alle herzlich begrüßen und ich freue mich, die Eröffnung der dritten Konferenz für Demokratie und Freihandel in Qatar zu verkünden. Ich wünsche Ihnen allen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

Die Tagung dieser Konferenz während der problematischen Bedingungen, die in unserer Region herrschen, ist ein klarer Beweis für die Bedeutung, die wir den vitalen Fragen, die während der Sitzungen diskutiert werden, beimessen. Wir betrachten die Demokratie und die Volksbeteiligung, die für die Beschlüsse und Verwaltung der Staatsangelegenheiten verantwortlich sind, als grundlegende Bedingungen für die Entwicklung unseres Landes und unserer Gesellschaften, sowie für die Verankerung der Rolle der konstitutionellen, politischen und gesellschaftlichen Institutionen, die ihrerseits notwendig sind für die Errichtung eines Staates, der sich den Forderungen der Zeit und den Herausforderungen der Zukunft stellt. Wir glauben gleichzeitig, daß die wirtschaftliche Öffnung, die Unterstützung des privaten Sektors und der Investitionen, die Entwicklung des Bildungswesens und die Stärkung des kulturellen Austausches zwischen den Nationen und Völkern die notwendigen Grundlagen für die Verwirklichung der Ziele der Entwicklung und Modernisierung sowie des Fortschrittes, die wir verfolgen, sind. Denn unserer Meinung nach sind die politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie wie ein unzertrennliches Zwillingpaar; sie ist sogar das unabdingbare Mittel, um weiter den Weg zu Entwicklung und Wohlstand, die wir wollen und für deren Verwirklichung wir arbeiten, zu begehen.

Sie kennen ohne Zweifel die schwierige Lage, in der sich die Golf- und Nahost-Region zur Zeit befinden. Darüberhinaus stellt die Lage in Irak eine menschliche Tragödie und eine wahre Krise dar. Wir haben uns sehr bemüht, im Rahmen der Arabischen Liga, der Organisation der islamischen Konferenz, des Golf Kooperationsrates sowie auf der Ebene der Vereinten Nationen, die Entfesselung dieses Krieges und seine verheerende Folgen zu vermeiden. Da der Krieg leider bereits stattgefunden hat, müssen wir unsere Bemühungen nunmehr verdoppeln, um die Schäden in Irak und der Region zu mindern und dem brüderlichen irakischen Volk zu helfen, eine bessere Zukunft zu gestalten. Die notwendigen Mittel dafür sind die Beteiligung des irakischen Volkes und die Errichtung einer Demokratie.

Die dauerhafte Konfrontation zwischen unserern Brüdern in Palästina und der israelischen Besatzung stellt ihrerseits eine echte Gefährdung der Sicherheit und Stabilität der Region dar. Es ist nicht zu akzeptieren, daß die

Völkergemeinschaft untätig bleibt gegenüber den Angriffen und unmenschlichen Praktiken, die von den israelischen Besatzungstruppen verübt werden und die im Gegensatz zu allen Gesetzen, Abkommen und internationalen Gepflogenheiten stehen. Wir sind der Meinung, daß es an der Zeit ist, schnelle und effektive internationale Schritte zu unternehmen, um diese Aggression zu stoppen sowie dem palästinensischen Volk zu ermöglichen, seine nationalen und legitimen Rechte zu erhalten, inklusive seines Rechts auf Selbstbestimmung und einen unabhängigen Staat zu errichten. In diesem Zusammenhang möchte ich den Standpunkt, den Präsident George W. Bush eingenommen hat, hervorheben. Er bejahte in ihm die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates im Rahmen einer endgültigen Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes. Darüberhinaus hoffen wir, daß es bald zur Proklamation des Road-Map kommt, der von dem Vierer Komitee als ein Programm akzeptiert wurde, das den Weg für die Lösung des seit langer Zeit daurenden Konfliktes ebnet.

Sehr geehrte Anwesende

Die Probleme, unter denen unsere Region leidet, beschränken sich nicht nur auf die politischen und sicherheitspolitischen Seiten. Zudem gibt es eine Vielzahl von Herausforderungen und Problemen auf wirtschaftlichem, sozialem und ökologischem Gebiet, die wir unbedingt behandeln müssen. Die Bedeutung dieser Probleme und ihre negativen Folgen sind nicht weniger wichtig als die regionalen Konflikte in ihren negativen Auswirkungen. Denn die Armut, die Arbeitslosigkeit, die soziale und kulturelle Rückständigkeit, das Absinken des Bildungsstandards und der beruflichen Qualifikation, die Mißverwaltung und Verschlechterung der ökonomischen Leistung, der Mangel an Arbeitsplätzen und die Chancenungleichheit stellen Gefahrenherde dar, die man nicht ignorieren kann, dar; sie sind darüberhinaus Grundhindernisse, die die Verwirklichung der Ziele des Fortschrittes und der Entwicklung verhindern.

Es ist nicht mehr möglich, diese schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Zustände beiseite zu schieben und ihnen nicht das gebührende Interesse zu widmen. Es ist dringend und notwendig geworden, daß man Pläne und Programme, die eine schnelle und effektive Lösung beinhalten, erstellt. Wir glauben, daß solche Pläne und Programme nicht vom Erfolg gekrönt werden ohne das Vorhandensein von konstitutionellen und politischen Institutionen, die wir im Rahmen der Demokratie und Volksbeteiligung sowie im Rahmen der Reformen und Modernisierung auf allen Ebenen verwirklichen wollen.

Diese Prinzipien und Praktiken sind den Werten unserer Gesellschaft nicht fremd; sind nicht weit entfernt von den Lehren unserer wahrhaftigen islamischen Religion, denn der Islam plädiert unter anderem für die Einführung der Schura (Beratung). Ich habe in meiner Rede anlässlich Ihrer letzten Konferenz im vergangenen Jahr betont, daß die Schura gemäß dem Islam und seinen Lehren ein verpflichtendes Prinzip des Regierens sei. Darüberhinaus betont der Islam die Bedeutung der Menschenrechte und die Gleichberechtigung der Menschen, die Nichtdiskriminierung der Völker und Ethnien; er lehrt uns auch die Notwendigkeit der Toleranz, Öffnung und kulturelle Interaktion zwischen den Nationen, Respekt vor dem menschlichen Geist und Respektierung der Rechte Dritter.

Deshalb appellieren wir stets für Dialog und Kooperation zwischen allen Religionen und Völkern im Rahmen von gegenseitigem Respekt und gemeinsamen Interessen; wir streben weiterhin danach, die Ziele der Demokratie und des

ökonomischen Fortschrittes zu verwirklichen und sind völlig überzeugt davon, daß dies das ideale Mittel für die Weiterentwicklung unseres Landes und unserer Gesellschaften ist. Wir erhoffen uns von Ihrer Konferenz, daß sie mit uns zusammen diese Ziele, die wir realisieren möchten, unterstützt.

Wir danken Ihnen für Ihr Kommen und wünschen Ihnen bei Ihrer Arbeit viel Erfolg.

Friede sei mit Euch und Allahs Gnade und Segen

Allgemeine Darstellung

Der dritten Qatar Konferenz für Demokratie und Freihandel

Während der Sitzungen diskutierte die Konferenz die Fragen der Demokratie und des Freihandels als allgemeine Ausgangspunkte, aus denen sich mehrere Themenstränge entwickelten. Der Aspekt der Behandlung der Frage der Demokratie weitete sich aus und umfaßte Religion, Bildung, Institutionen, Menschenrechte und Medien. Die Frage des Freihandels umfaßte Themen wie offene Märkte, die nachhaltige Entwicklung, die wirtschaftlichen Institutionen im Zusammenhang mit den regionalen und internationalen Gegebenheiten. In diesem Kontext konzentrierte man sich an erster Stelle auf die Sorgen des arabischen Raumes und dessen gegenwärtige und vergangene Probleme, insbesondere die Ereignisse im Irak, der Arabisch-Israelische Konflikt und die Einstellung zum Terror. Die Wirkungen der Änderungen in der Weltordnung und die Ziele der internationale Strategien wurden diesbezüglich berücksichtigt.

Das für die Vorbereitung der Konferenz erstellte Arbeitspapier spielte bei der Behandlung der Fragen und Probleme, die von der Konferenz behandelt werden sollten, eine bedeutende Rolle. Aufgrund der Kenntnisse, der Ideen und der Visionen der Hauptredner bewegten sich deren während der Sitzungen vorgestellten Thesen auf höchstem Niveau. Von gleichen hohen Niveau waren die Beiträge der Teilnehmer an der Eröffnungssitzung, da diese Redner Angehörige von Gremien, nationalen, regionalen und internationalen Institutionen sind, deren Rolle in diesem Zusammenhang enorm wichtig ist. Die Diskussionen der Anwesenden bereicherten aufgrund ihrer Couragiertheit und Tiefe den Dialog in einer spürbaren und positiven Weise.

I Die Demokratie

Die Konferenz behandelte die Demokratie in ihrer Eigenschaft als Rückgrat und gemeinsamem Faktor aller zur Debatte stehende Fragen. Es ist zu erwähnen, daß es keine Meinungsverschiedenheiten über die traditionellen Begriffe der Demokratie und deren Voraussetzungen gab (Vielfältigkeit der Parteienlandschaft, Transparenz, Öffnung, Befragung, Revision und Kontrolle, Frauenrechte und deren aktive Beteiligung in der Gesellschaft). Die Diskussionen der Einzelheiten förderten sich verschärfende Auseinandersetzungen aufgrund der Unterschiede der Ausgangsgedanken und Visionen der Beteiligten zutage.

1 - Die Demokratie und die arabische Welt

Von großer Bedeutung waren die Fragen der Harmonisierung der Demokratie mit dem Islam und ob die Demokratie im Widerspruch zum Islam stehe und darüberhinaus, ob man die Demokratie ohne die Trennung von Religion und Staat anwenden kann, sowie bezüglich der Schwierigkeiten und Herausforderungen, die der arabischen Demokratie begegnen und schließlich, ob die Demokratie in die Entwicklungsländer importiert wurde oder aus den Traditionen ableitbar wäre.

Bezüglich der Harmonisierung der Demokratie mit dem Islam oder des Widerspruchs der Demokratie zum Islam, zeigte ein Arbeitspapier, das die islamischen Strömungen wiedergibt, daß es zur Zeit ernsthafte Versuche gibt, das Verhältnis zwischen Islam und Demokratie anders als früher zu deuten. Die Atmosphäre der erstickenden politischen Unterdrückung in den meisten Teilen der arabischen Welt führt jedoch zur Schwächung der Front der Anhänger der demokratischen Option in den Reihen der islamischen Strömung. Dieses Arbeitspapier unterstützt die Islamisten in ihrer Haltung zur Scharia, die einen hohen Stellenwert in den Herzen der Menschen genießt, sodaß die Achtung der Scharia eine gesellschaftliche Haltung und eine kulturelle Überzeugung ist, und widerspricht der Beharrung auf Umwandlung dieser Überzeugung in einen verpflichtenden gesetzlichen Text.

Andererseits lag ein Arbeitspapier der laizistischen Richtung vor, das der islamischen Religion - es verwendet den Ausdruck "der ausschliessende Islam" - die Schuld an der Verminderung der Rechte der Mitwirkung der Bevölkerung in der islamischen Gesellschaft gibt. Das Papier fordert Korrektur von Innen sowie Intervention von Außen, um diese Zustände zu ändern.

Zusätzlich zu den beiden Richtungen wurden Meinungen laut, die die Äußerungen über den ausschliessenden Charakter des Islams ablehnten; andere Meinungen äußerten Zweifel daran, ob die islamischen Strömungen das Prinzip des Machtwechsels akzeptieren, wenn sie die Macht einmal durch demokratische Wahlen erlangen.

Andererseits bagatellisierten andere Redner die Bedeutung einer echten Demokratie in den Staaten der arabischen Region, obschon sie einige praktische Erscheinungsformen dieser Demokratie in einigen dieser Länder anerkannt haben. Andere wiederum behaupteten, es gebe außer in Israel und in der Türkei keine echte Demokratie in der Region. Einige warfen den arabischen Regimes vor, die Demokratie zu leugnen und machten sie gleichzeitig verantwortlich für die dramatischen Umwälzungen in der arabischen Region und lehnten kategorisch ab, was die despotischen und totalitären Regimes - insbesondere das frühere irakische Regime - ihrer Bevölkerung an Leid, innerer Instabilität, regionalen Auseinandersetzungen, äußeren Interventionen und Verschleuderung von Ressourcen zumuteten. Einige Teilnehmer wollten den Vorwand der arabischen Regimes, sie seien mit dem palästinensischen Problem beschäftigt und deshalb in Sachen Demokratie nicht tätig, nicht akzeptieren.

Die Meinungen, die im Widerspruch zur ersten Tendenz standen, lehnten es ab,

Israel und Türkei einen demokratischen Charakter wegen der unmenschlichen Praktiken Israels den Palästinenser gegenüber und der Rolle der Armee in der Türkei zu verleihen. Sie wiesen auf einige in der Region bestehende demokratischen Modelle hin sowie auf die natürlich geerbten demokratische Eigenschaften des Menschen und der arabischen und islamischen Gesellschaft (das Schura Prinzip in Islam, die Räte und Diwanij in manchen arabischen Staaten). Sie gaben den Praktiken des Westens der arabischen Region gegenüber einen großen Teil der Verantwortung, angefangen mit der Besatzungspolitik, der Rolle der westlichen Intelligenzien (Kulturen) bei der Förderung ideologisch geprägter arabischer Eliten, von denen einige später die Macht übernahmen und weit von der Demokratie entfernt regierten. Der Westen hat darüberhinaus die autoritären Regimes in vielen der arabischen Länder unterstützt um eigene Interessen zu wahren. Schließlich schwächte die direkte Intervention der Vereinigten Staaten in Irak das Gewicht der liberalen Strömungen in einigen Staaten der Region zugunsten der konservativen Strömungen.

Man war sich einig in der Meinung über die Notwendigkeit der Demokratie in der Region aus sowohl inneren als auch äußeren Gründen und würdigte die Schritte einiger arabischer Staaten - insbesondere des Staates Qatar - in dieser Richtung. Zum selben Thema wurden einige unterschiedliche Ansichten wie folgt vorgelegt:

* Die Notwendigkeit der Achtung der arabisch-islamischen Kultur und Traditionen; die demokratischen Reformen in der arabischen Welt müssen einheimisch, von innen kommend und nicht von Amerika oder dem Westen diktiert sein.

* Die Möglichkeit von der europäischen Lektion zu lernen, da die europäischen Staaten nach einem langen Kampf und dank der amerikanischen Intervention ihre Krisen erfolgreich bewältigen konnten. Die Weltgemeinschaft soll die arabischen Staaten unterstützen, da sie die Verantwortung für vieles, was geschah, mitträgt.

* Die Einräumung einer absoluten Priorität für die Entwicklung der armen und rückständigen Gesellschaften vor der Reflektion über Demokratie, da die Situation dort wirtschaftlich und gesellschaftlich sehr schlecht ist.

2 - Das politische arabische System - Evolution oder Revolution:

Es gab ernsthafte Fragen nach der Stellung der Araber in der heutigen Welt, da die arabische Politik am Scheideweg steht: Wie kann man die arabische Politik reformieren und was sind die geeigneten Mittel dafür?

Einige Meinungen kritisierten das arabische politische System, sie bezweifelten sogar seine Existenz schlechthin, da es in allen dringenden lebenswichtigen Angelegenheiten der Region aus Gründen, die in Zusammenhang mit den verschiedenen Herrschaftssystemen, Regierungen und Eliten stehen, scheiterte. Sie verlangten die Durchführung von Änderungen sowie die Wiederherstellung des inneren Aufbaus. Einige meinten, daß das Ende des irakischen Regimes dieses Mal neue Hoffnungen wecke. Desweiteren werde es eine pragmatischere Methode bei der Auseinandersetzung mit den internationalen Angelegenheiten geben, da man in zunehmender Weise begreife, daß die Vereinigten Staaten die dominierende Macht seien und, daß eine Zusammenarbeit mit ihnen vom großem Nutzen sein werde,

insbesondere, da es keine nennenswerte Alternative gebe, wie es das Scheitern der arabischen Institutionen gezeigt habe und die regionalen Organisationen ihre Arbeit nicht ordnungsgemäß durchgeführt hätten. Gleichzeitig warfen einige Kommentare Fragen in den Raum nach einer nahöstlichen Idee und inwieweit sie mit dem arabischen System vereinbar sei.

Demgegenüber zeigten einige Teilnehmer ihren Optimismus hinsichtlich einer Zukunft für eine demokratischere und stabilere arabische Welt, obwohl die Möglichkeit besteht, daß es Entwicklungen geben kann, die zu verschiedenen radikalen Richtungen und nicht zu mehr Stabilität führen könnten. Diese kritisierten gleichzeitig die Invasion Iraks durch die Vereinigten Staaten, wobei einige Meinungen den Standpunkt des arabischen politischen Systems verteidigten und dabei an die Erfolge erinnerten, die dieses System bei der Lösung vieler arabischer Probleme erzielt hat.

Auf jeden Fall waren sich beide Ansichten einig darüber - jede von ihrem Blickwinkel aus -, daß der arabisch-israelische Konflikt gelöst werden müsse und, daß die Vereinigten Staaten diesbezüglich ihre Verantwortung wahrnehmen müssten. Einige Meinungen betonten die Notwendigkeit, daß Präsident Bush sich zur Durchführung aller Beschlüsse der Vereinten Nationen verpflichten müsse. Andere Stimmen haben andererseits von den Amerikanern verlangt, zu unterscheiden zwischen Terror und Freiheitskampf, in der Durchsetzung der Menschenrechte nicht nach Belieben zu unterscheiden und die Notwendigkeit der Beendigung der Besatzung vor der Einführung der Demokratie. Das Praktizieren einer Demokratie unter einer Hegemonialmacht ist unmöglich: ihr wird es an Gerechtigkeit mangeln und sie wird eine entstellte und versagende Demokratie sein.

3 - Erziehung und Bildung als Grundlagen für Demokratie und Entwicklung:

Vor dem Hintergrund des Interesses an der Rolle der Erziehung und Bildung in Bezug auf die Anteilnahme der Bürger am politischen Prozess, der Herausforderungen des kulturellen Austausches für die Erziehung in einer Welt der Globalisierung, der Wirkung der internationalen Bildung auf die lokalen Werte und Traditionen sowie der Rolle der Erziehung und Bildung als Voraussetzungen für Fortschritt und Entwicklung haben die Teilnehmer die wichtigsten Schwierigkeiten und Probleme des Bildungsprozesses in der arabischen Welt diskutiert. Man sprach über die Rückständigkeit der Bildungspolitik selbst, über Schulsysteme, Lehrmittel, Lehrer und Verwaltungsmethoden, die einen negativen Einfluß haben auf die Persönlichkeit des arabischen und moslemischen Menschen und auf sein Verhalten in einer Art und Weise einwirken, die dem wahren Wesen des Islam widersprechen. Diese Faktoren haben auch negative Wirkung auf die Haltung des Einzelnen gegenüber der politischen Ordnung und anderen Mitgliedern der Gesellschaft die diese Haltung ausnutzen, um den Totalitarismus zu festigen und sich immer weiter von der echten Demokratie zu entfernen. Dies alles belastet die Beziehungen zwischen den Gesellschaften, die meistens auf falschen isolationistischen konfrontationsbeladenen Begriffen beruhen, was wiederum zu Akkumulation von Fehlern und negativen Auswirkungen führt.

Einer der Beiträge sprach über die im Bereich der Bildung geführte Kooperation zwischen der Europäischen Union und den Golfstaaten, sowie über deren Komponenten und Gründe ihrer Unterbrechung. Einige Teilnehmer äußerten ihre

Beunruhigung über die Motive der Initiativen, die zur Zeit zu Bildungsreformen in der Region führen.

4 - Die Menschenrechte in der demokratischen Gesellschaft:

Die Gleichberechtigung der Frau, vor allem ihr Recht auf positive Beteiligung in der Gesellschaft (Wahlrecht, Recht auf Selbstbestimmung, Bekleidung führender Positionen) machte einen umfangreichen Anteil der Diskussionen aus. Es wurden Beispiele erwähnt über die lebendigen Erfahrungen und Bemühungen in diesem Bereich, ausgehend von der Tatsache, daß die Gleichstellung der Frauen ein Maßstab für die Ernsthaftigkeit der Fortschritte in Richtung Demokratie geworden ist. Deshalb ist die Überwindung der im Wege dieses Zieles stehenden Hindernisse notwendig geworden.

Ein Beitrag sprach über die amerikanischen Ideale bezüglich der Menschenrechte bei der Ausübung der Glaubensfreiheit. Man meinte aber, daß es Fehler gibt bei der Anwendung der Außenpolitik der Vereinten Staaten, insbesondere bei ihren Bemühungen, ihr Bild in einigen Regionen zu verbessern; vor allem im Nahen Osten, wo sie bei der Behandlung der palästinensischen Sache zweierlei Maßstäbe anwenden.

Einige Teilnehmer kritisierten die Stationierung amerikanischer Streitkräfte in einigen Gebieten (Japan, Südkorea, Naher Osten).

5 - Medien und Demokratie:

Ausgehend vom Interesse an der Rolle der freien und unabhängigen Medien bei der Realisierung der Transparenz und Kontrolle als erstem Schritt in die demokratische Richtung, waren alle Beteiligten einig über die aufklärende Rolle, die die Medien im demokratischen Prozess spielen.

Zwei mediale Erscheinungen haben die Aufmerksamkeit der Konferenz besonders erregt: der TV-Kanal CNN als Symbol für das Ende des kalten Krieges und als Indiz und Ausdruck der Globalisierung sowie der TV-Kanal Al Jazeera als Phänomen der Ereignisse nach dem 11. September und als Ausdruck einer Art Demokratisierung der Informationen auf internationaler Ebene sowie als Hinweis auf die Entstehung neuer Aufgaben für die Medien in der arabischen und islamischen Welt, die zu einer Art der Konfrontation zwischen Demokratie und Autokratie führen kann. Es wurde ferner festgestellt, daß die Medien in dieser Zeit eine moralische und philosophische Aufgabe haben, die ohne freie Medien nicht realisiert werden kann.

Einige Teilnehmer betonten in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, in den Staaten der Region unabhängige TV-Sender zu gründen, deren Inhaber einheimische und ausländische Partner sein sollen. Bei diesen Sendern sollten die lokalen Sorgen und Probleme Priorität genießen.

6- Demokratie und Entwicklung gegen regionale Konflikte und Sicherheitsgefahren:

Das Verbot der israelischen Behörden für Dr. Mustafa Al-Barghuthi, die besetzten Gebiete zu verlassen um an der Konferenz teilzunehmen, war ein beherrschendes Thema in den Diskussionen der Konferenz. Die Konferenz hat dies als Beweis für die Rolle der Besatzung als grundsätzliches Hindernis für die Demokratie und Entwicklung angesehen. Dieser Fall wurde bei der Diskussion des Berichts zur gesellschaftlichen und menschlichen Entwicklung im Jahre 2002 als Hauptargument benutzt. Die Ereignisse im Irak warfen ihre langen Schatten auf die Konferenz.

Die Rede des Botschafters Martin Indeck beinhaltete eine Analyse der Politik der Vereinigten Staaten dem arabisch-israelischen Konflikt gegenüber, und ihre Haltung der Region nach den Ereignissen des 11. September gegenüber und gab der arabischen Seite die Hauptschuld an der Verzögerung der Einführung der Demokratie und Entwicklung sowie an der Behinderung einer Regelung des arabisch-israelischen Konfliktes aber auch an der Eskalation des islamischen Fanatismus. Viele Teilnehmer vertraten diesbezüglich andere Meinungen.

Demgegenüber hat die Rede des Lord Steel of Aikwood, Präsident des schottischen Parlamentes, in der Eröffnungssitzung die Schuld von der israelischen Seite auf die ganze Weltgemeinschaft übertragen, da sie den Absatz in der Balfour-Deklaration von 1917, der besagt, daß nichts geschehen darf, was die zivilen und religiösen Rechte der nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina gefährden kann, ignoriert hat. Er verlangte, diesen Absatz möglichst bald mit internationaler Verpflichtung anzuwenden.

Im Allgemeinen waren die Vertreter aller sonst unterschiedlicher Meinungen einig, daß die regionalen Konflikte und Sicherheitsgefahren, abgesehen von ihren Gründen und Ursachen, immer eine Bedrohung für Stabilität, Entwicklung und Demokratie darstellen. Sie waren auch darüber einig, daß das Palästinensische Problem eine gerechte Lösung finden sollte. Sie waren aber nicht einig darüber, ob die gegenwärtige amerikanische Haltung, ausgedrückt im "Roadmap", und die Erklärung von Präsident Bush, der sich zur Gründung eines palästinensischen Staates verpflichtet, überhaupt eine echte Chance für die gewünschte Regelung darstellen oder nicht.

II Der Freihandel

1- Freihandel und offene Märkte:

Die Diskussionen dieses Themenkomplexes gingen von den Tatsachen aus, die die heutige Weltwirtschaft geschaffen hat: die Staaten sahen sich gezwungen, ihre Handels- und Wirtschaftspolitik zu revidieren, und die lokalen Wirtschaften gerieten in stärkere Abhängigkeit und wurden einem höherem Konkurrenzdruck ausgesetzt. Gleichzeitig reichten die lokalen Märkte und lokalen Ressourcen allein nicht mehr aus, um Entwicklung und Fortschritt voranzubringen. Diese Tatsache hat die lokalen Wirtschaften stärker mit der internationalen

Wirtschaftsordnung verbunden und zu weiteren Anpassungen an deren Veränderungen gezwungen.

Die Beiträge behandelten die wichtige Rolle der Regierung für den Schutz der Eigentumsrechte und für die Vertragsfreiheit der Bürger. Sie behandelten weiter den nationalen Protektionismus und die Notwendigkeit seiner Überwindung. Sie forderten mehr Möglichkeiten für Eigeninitiativen und privates Unternehmertum, die Erhöhung der Leistung der Finanzmärkte, den Abbau der Handelshemmnisse, um mehr Transparenz und internationale Integration zu erreichen, und die Bekämpfung der Korruption sowohl in der Verwaltung als auch in der Geschäftswelt.

Einige der Beiträge wiesen daraufhin, daß die Entwicklungsländer im Allgemeinen, insbesondere die arabischen Staaten, von der Notwendigkeit der Öffnung, Einführung der freien Marktwirtschaft und Befreiung des Welthandels überzeugt sind. Ihr Zweifeln und Zögern diesbezüglich ist jedoch begründet in den Praktiken der Global Player in der Weltwirtschaft sowie dem Auftauchen der Korruption und dem Fehlen eines gesunden Urteils in vielen der Wirtschaften und in den Industriestaaten. Zur gleichen Zeit jedoch akzeptieren diese Länder die Empfehlungen der Weltbank und des Weltwährungsfonds hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung und des guten Regierens, obwohl diese Empfehlungen ihnen viele Probleme verursachen. Diese Probleme erzeugen Reaktionen und werfen Fragen darüber auf, ob die freie Marktwirtschaft für alle Wirtschaften passt. Das ist ein Punkt, der eine neue Überprüfung der wirtschaftlichen Praktiken auf internationaler Ebene erfordert, damit die Beziehungen zu den Entwicklungsländern gefestigt werden können und das Vertrauen geschaffen wird, daß diese Länder die Öffnungspolitik mit Zuversicht betrachten und die Marktwirtschaft annehmen.

Andererseits waren einige der Meinung, daß der "Neoliberalismus", der in den Gremien der Weltwirtschaft zur Zeit dominierend ist, die Ungleichheit und Abhängigkeit vertieft, was auch die Überzeugung der Entwicklungsländer von der Glaubwürdigkeit des Zusammenspiels zwischen freiem Handel und Entwicklung erheblich erschüttert, sodaß eine Änderung der Welthandelsordnung erforderlich ist.

Ein Beitrag betonte, daß der Krieg der Vereinigten Staaten gegen Irak nur wegen des Öls geführt wurde, wobei die Vereingten Staaten die Privatisierung des irakischen Ölsektors planen, als Vorstufe der Änderung der Erdölpolitik bezüglich der Fördermengen und Preise.

Einige Teilnehmer waren der Ansicht, daß freier Handel und Eigentumsrechte die Demokratie nicht fördern. Sie seien aber für sich allein genommen wichtige Werte und stünden in einem kausalen Zusammenhang.

2 - Das Gleichgewicht zwischen Globalisierung und nachhaltiger Entwicklung:

Die Arbeiten dieses Themenkomplexes verliefen im Rahmen des allgemeinen Interesses an der Forderung nach nachhaltiger Entwicklung in den Entwicklungsländern, der Notwendigkeit wirtschaftlicher Kooperation und dem Erwarten der Weltwirtschaft in Bezug auf die Umsetzung der Beschlüsse der

Konferenzen von Seattle und Doha. Die Teilnehmer beschäftigten sich mit zwei Hauptthemen:

Erstens:

Die Ungeklärtheit der Beziehung zwischen Globalisierung und nachhaltiger Entwicklung und die Notwendigkeit eines Ausbalancierens um eine Koexistenz zu ermöglichen. Dies kann zum Erfolg der Globalisierung führen und damit zur Entstehung einer nachhaltigen Entwicklung für alle. Einige Meinungen behaupteten, daß die Harmonisierung zwischen Globalisierung und nachhaltiger Entwicklung den freien Handel betreffend nicht unbedingt notwendig ist.

Zweitens:

Inwieweit sind die Entwicklungsländer fähig, an internationalen Verhandlungen teilzunehmen. Denn trotz ihrer verstärkten aktiven Beteiligung, gibt es immer noch institutionelle Hindernisse, die diese Beteiligungen verhindern.

Gleichzeitig erzeugte die Frage der demokratischen Rechte der Immigranten reges Interesse in den Diskussionen. Darüberhinaus wurde eine Meinung präsentiert, die betonte, daß das Erreichen einer echten Demokratie ohne das Realisieren der sozialen Gerechtigkeit nicht möglich ist.

3 - Errichtung der Institutionen für die wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie:

Dieser Themenkomplex zeichnete sich aus durch das Gleichgewicht bei der Behandlung der Beziehung zwischen Demokratie und Entwicklung. Einige Beiträge bestätigten, daß in demokratische Gesellschaften doppelt so viele ausländische Investitionen fließen, da Demokratien über Revision, Bilanzierung und Kontrolle verfügen, die in enger Verbindung mit der wirtschaftlichen Entwicklung stehen.

Die Meinungen einiger Redner zeigten die Notwendigkeit eines gesetzlichen Rahmens, der den demokratischen Prozeß, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und Dialog, freien Informationsfluß, Eigentumsrecht, Errichtung der Institutionen und Entwicklung der Mittelschicht schützt.

Ein Beitrag befasste sich mit der amerikanischen Außenpolitik und fragte, ob die Macht der Vereinigten Staaten ihre Politik bedingt oder ob die Politik diese Macht hervorbringt. Auf jeden Fall hat man verlangt, daß es an der Zeit sei, daß Washington positive Schritte in der Region unternehmen sollte, damit es verlorenes Terrain zurück gewinnt. Dazu zählen: Unterstützung des Friedensprozesses im Nahen Osten, Einführung der Diplomatie der Kooperation, die auf gegenseitigem Respekt und Verständnis basiert, und die bestrebt ist, gerechte und saubere Lösungen der Probleme zu finden, Wiederherstellung des Vertrauens durch ständigen Dialog zwischen Washington und seinen arabischen Freunden, Pflege der bi- und multilateralen Beziehungen, echte Verpflichtung den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen in der arabischen Welt gegenüber.

4 - Die Perspektive der arabischen Wirtschaft:

Der dialogpolitische Rahmen dieses Fragenkomplexes basierte auf vier Hauptpunkten: Wiederherstellung der wirtschaftlichen Prioritäten in der Arabischen Welt für die Zukunft, die internationalen Herausforderungen für die arabischen Wirtschaften im Lichte der inneren Schwachstellen, unter denen die letzteren leiden, die Problematik der wirtschaftlichen Reformen um auf die Modernisierung vorbereitet zu sein.

Sich auf Statistiken und die Analyse der Probleme stützend, mit denen die arabische Wirtschaft vom wirtschaftlichen Standpunkt aus konfrontiert ist, haben die Arbeitspapiere die Probleme der arabischen Wirtschaft behandelt (Aufbau einer Wirtschaftspolitik basierend auf der Bodenschätze, Landwirtschaft, Berufe des öffentlichen Sektors mit niedrigem Lohn und rückläufiger Produktivität, Mangel an "Risiko-Kapital" und seinen Verbreitungsmitteln, Mangel an Investitionsmöglichkeiten in der Region als Folge des Fehlens von Gesetzen, Verordnungen und Anordnungen sowie wirksamen Maßnahmen in den Bereichen des Eigentumsschutzes und der Investitionsverwaltung, Handel und Partnerschaftsaktivitäten sowie Maßnahmen zur Unterschätzung der Transparenz, Abwanderung der Wissenschaftler und des Kapitals ins Ausland, Rückgang des Niveaus der Techniker, Facharbeiter und des Verwaltungspersonals, Beschränktheit der Investitionen in den Bereichen der Technologie und Bildung).

Die Diskussionen zeigten: Die Hauptherausforderungen, mit denen die arabischen Wirtschaften im kommenden Jahrzehnt konfrontiert werden, in der Schaffung von Arbeitsplätzen bestehen, insbesondere für Facharbeiter, da ca. 50% der Bevölkerung unter 18 Jahre alt sind, in der Durchführung von Reformen der Makroökonomie, der Politik, der Währungspolitik und den Institutionen (inklusive Privatisierung der nicht aktiven Staatsunternehmen, Reform der ökonomischen, finanziellen und gesetzlichen Infrastruktur, Erweiterung des Prozesses der politischen und wirtschaftlichen Beschlußfassung auf Kosten der Rolle der Regierungen, Gewährung von Unabhängigkeit und Flexibilität der Beschlüsse bezüglich Investitionen und Geldanlagen und Befreiung von der Bürokratie), in der Unterstützung von Maßnahmen, die es ermöglichen, Chancen sofort nach ihrem Zustandekommen zu ergreifen und in der Erlangung der Fähigkeit zur Kontaktaufnahme mit Geschäftsleuten und zur Errichtung eines Netzes von Geschäftspartnern aus der ganzen Welt. Dies bedeutet im Allgemeinen das Vorhandensein von drei Elementen: Demokratie - Freiheit und Kreativität - freier Handel.